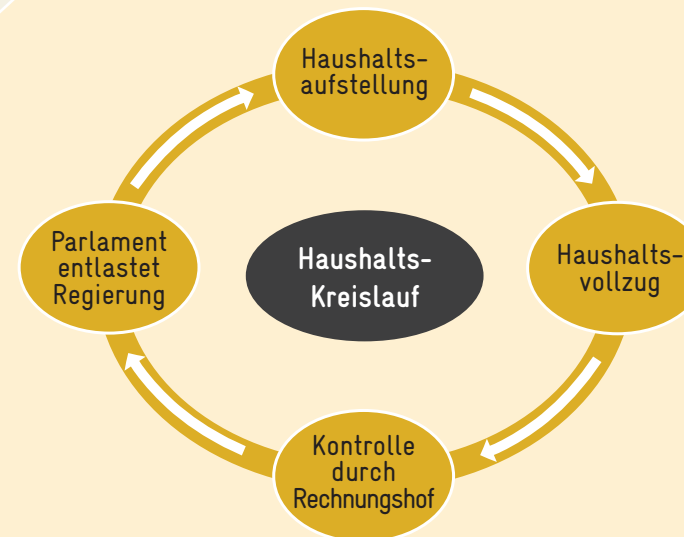


Management Öffentlicher Finanzen im Südkaukasus

Öffentliche Mittel zielgerichtet, wirksam und transparent einsetzen

Auftraggeber:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Partner:	Europäische Union in Armenien (EU)
Aktuelle Beauftragung:	Finanzministerien, Parlamente, Rechnungshöfe
Budget:	04/2017 – 03/2020
Länder:	5,75 Mio. Euro – davon 1 Mio. Euro (EU)
	Armenien, Georgien



◀ Ein Beispiel – wie wir wirken:

Die interne Finanzkontrolle in der öffentlichen Verwaltung stellt einen zentralen Reformbereich für Armenien und Georgien dar. Daher wurde unter der Moderation des Vorhabens in 2014 ein Aktionsplan zur Einführung europäischer Standards, Public Internal Financial Control (PIFC), gemeinsam durch die Finanzministerien und Leitungen der Innenrevisionen Armeniens und Georgiens entwickelt. Dadurch wurden verschiedene Wirkungen in beiden Ländern erreicht:

- PIFC wurde als ein Instrument für eine unabhängige und objektive Prüfung der öffentlichen Verwaltung gesetzlich verankert.
- Dreizehn Pilotprüfungen wurden auf Basis der neuen Standards durchgeführt. Die Ergebnisse der Prüfungen führten zu konkreten Anpassungen der jeweiligen Ministerien und Behörden. Die Erfahrungen wurden mit anderen öffentlichen Stellen geteilt, um eine möglichst breite Wirkung in der Verwaltung zu entfalten.
- Basierend auf dem gemeinsam entwickelten Vorgehen für den Reformprozess zum Thema PIFC, wurde eine georgische Handreichung zur Prozess- und Systemprüfung an den armenischen Länderkontext angepasst und wird nun in Armenien verwendet.

◀ Herausforderungen

Damit Georgien und Armenien ihren Bürgern öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen können, bedarf es eines funktionierenden Systems der öffentlichen Finanzen. Dabei ermöglicht die externe Finanzkontrolle durch Parlament und Rechnungshof die Aufdeckung von regelwidrigem und unsachgemäßem Verhalten, sowie von Betrugsfällen. Dadurch wird es möglich, die Regierung für die Mittelverwendung zur Rechenschaft zu ziehen. Zusammen mit dem Finanzministerium, Parlament und dem Rechnungshof unterstützen wir unsere Partner dabei, ihr staatliches Finanzwesen zu reformieren.



Durchgeführt von:



◀ Ziele

Die Reformen unserer Partner zielen darauf ab, den Einsatz öffentlicher Gelder stärker an den nationalen Entwicklungsstrategien auszurichten, dabei transparent und effizient zu handeln und die Rechenschaftslegung zu verbessern. Das Vorhaben zielt auf eine Stärkung des gesamten Haushaltssystems auf Basis der Strategie der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit und die Einführung europäischer Standards.

◀ Aktivitäten

Wir beraten unsere Partner bei der Einführung einer ergebnisorientierten Haushaltsführung, der Verbesserung interner und externer Kontrollmechanismen sowie im Steuer- und Zollwesen. Maßstab sind europäische Standards. Für nachhaltige Veränderungen trainieren wir die Beteiligten und fördern die Zusammenarbeit der zentralen Akteure.

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft:
Bonn und Eschborn

GIZ – Büro Südkaukasus
Rustaveli Ave. 42 / Griboedov Str. 31a
0108 Tbilisi, Georgien

T +995 32 2201800
E giz-georgia@giz.de
I www.giz.de

Impressum:

Verantwortlich: Mary Schäfer
Redaktion: Maia Kvaliashvili
Design & Layout: Batash Studio GmbH
Druck: Cezanne Ltd

Mai 2017



Unser Beitrag in Georgien

Öffentliche Mittel zielgerichtet, wirksam und transparent eingesetzt

Auftraggeber:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Partnerorganisationen:

Finanzministerium, Parlament, Rechnungshof, Zivilgesellschaft

◀ Länderbezogenes Beispiel

Ein Arbeitsstrang umfasst die Beratung von Performance-Audits des Rechnungshofs, durch die die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Institutionen der öffentlichen Verwaltung geprüft werden. In diesem Zusammenhang wurde in 2015 u.a. in enger Abstimmung mit dem Vorhaben der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit, „Integriertes Biodiversitätsmanagement, Südkaukasus“, die Forstverwaltung geprüft. Die Durchführung der Prüfung wurde methodisch durch Kurzeinsätze eines Mitarbeiters des Bundesrechnungshofes unterstützt, durch den auch die Qualitätssicherung bei der Berichterstellung erfolgte. Die Prüfungsergebnisse zeigen die Defizite der derzeitigen Praxis der Vergabe von Holzkonzessionen auf, die zu negativen Auswirkungen auf den Staatshaushalt und umweltbezogenen Schäden für Georgien führen. Der Prüfbericht wurde im Parlament diskutiert. Die Empfehlungen des Berichts werden nun von der geprüften Stelle, dem Umweltministerium, umgesetzt. Im Rahmen des Biodiversitätsvorhabens werden sie dazu genutzt, gemeinsam Akzente für die Forstsektorreform, wie etwa der Überarbeitung der Forstgesetzgebung, zu identifizieren.

Wirkungen

In Georgien wurden seit 2013 – erstmals in der Geschichte des Parlaments – 18 Prüfberichte des Rechnungshofs vom Parlament systematisch in einem geregelten Prozess erörtert. Pro Bericht dauerte dies einen Monat bis sechs Monate. Von den Berichten sind 13 Wirtschaftlichkeitsprüfungen, von denen 5 vom Vorhaben als „training on the job“ Maßnahme unterstützt wurden.

In Georgien wurde ein Modell zur Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen (in Anlehnung an die OECD Vorgaben) erarbeitet, das bereits bei der (Neu-) Verhandlung von 5 Abkommen genutzt wurde, u.a. wird dadurch die Einhaltung internationaler Standards gewährleistet.

900 Mitarbeiter/-innen staatlicher Institutionen Georgiens und Armeniens wurden zu den Themen effektive Einnahmenverwaltung, ergebnisorientiertes Ausgabenmanagement sowie externe und parlamentarische Finanzkontrolle geschult und tragen nun zu einer transparenten und wirkungsorientierten Verwendung öffentlicher Mittel in beiden Ländern bei

Die jüngste Verfassungsreform sieht auch eine internationalen Standards entsprechende Änderung der Definition von Rollen und Verantwortlichkeiten von Regierung, Parlament und Rechnungshof im Haushaltskreislauf vor. Diese sollen in dem neuen armenischen Rechnungshofgesetz berücksichtigt werden.

Das armenische Parlament hat die vollständige Umstellung auf einen ergebnisorientierten Haushalt beschlossen. Regierung, Parlament und Rechnungshof haben sich auf eine gemeinsame Umsetzungsstrategie bis zum Jahr 2018 geeinigt.

Wir beraten unsere Partner bei der Reform des Steuer- und Zollwesens, der Einführung einer ergebnisorientierten Haushaltsführung sowie der Verbesserung interner und externer Kontrollmechanismen. Maßstab sind europäische und internationale Standards.

- » Reform des Steuer- und Zollwesens: Das Vorhaben hat eine im EU-Assoziierungsvertrag vorgesehene Reform der Zollpolitik beraten. Unabhängige Berichte der EU konstatieren hierzu weitreichende Fortschritte. Weiterhin wurde im Bereich der Steuerverwaltung insbesondere der Bereich der Betriebsprüfung unterstützt und eine umfassendere Handreichung hierzu gemeinsam erarbeitet.
- » Ergebnisorientierte Haushaltsführung: Substantielle Fortschritte im Bereich der Konzeption und Qualität der Programme und Indikatoren wurden mit Hilfe einer vom Vorhaben beratenen Methodologie zur Erstellung der Programmhaushalte erreicht. Transparency International Georgia hat dies in ihrer jährlichen Analyse des Haushaltsplans „A brief assessment of the 2016 budget“ bestätigt.

- » Einführung des europäischen Public Internal Financial Control (PIFC) Systems: Zwei von drei Säulen des PIFC-Konzeptes, nämlich die Etablierung einer funktionierenden Central Harmonization Unit (1) und eines intakten Systems der Internen Revision in den Sektorministerien (2), wurden erfolgreich umgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde mehr als 50% aller internen Revisoren des Landes geschult.
- » Unabhängigkeit des Rechnungshofs: Durch die Verabschiedung des überarbeiteten Rechnungshofgesetzes in Georgien (Artikel 35), „Verification of procedures of financial – economic, legal and organizational activities, audit quality control and internal audit of the State Audit Office“, wurde das Mandat und die Unabhängigkeit des Rechnungshofs gestärkt. Dies wird unter anderem durch die erhöhte Anzahl der vom Parlament erörterten Rechnungshofsberichte deutlich.
- » Die Zusammenarbeit zwischen Rechnungshof und Parlament hat sich deutlich verbessert. Dies führte dazu, dass die Anzahl der diskutierten Rechnungshofsberichte seit 2013 auf 18 angestiegen ist, davon allein 7 in 2016.